

Stellungnahme der FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung 2026, der Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs DUI und der Stadtwerke

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Haushalt 2026 und zum Wirtschaftsplan der Eigenbetriebe wird sich auf einige Grundsätze unserer Fraktionsarbeit und natürlich den vorliegenden Haushaltswerken beziehen.

Auf die allgemeine politische Lage gehe ich in dieser Haushaltsrede bewusst nicht ein.

Die Verwaltung legt uns wiederum einen wohl genehmigungsfähigen Haushaltsplan vor.

Zumindest ist diesmal festzustellen, dass man einräumt, dass die städtischen Finanzen nicht mehr in Ordnung sind und erkannt hat, dass bei den Rücklagenentnahmen das Ende der Fahnenstange nunmehr erreicht ist.

Das strukturelle Defizit von ca. 11.000.000 € wird durch Addition der ca. 5,2 Millionen € aus noch zu erwartenden einmaligen Landeszuschüssen auf den Wert, der nunmehr vorliegt, nämlich 5,9 Millionen € reduziert. Ohne die einmalige Landeszuweisung stünde die Stadt vor einer massiven Haushaltsnotlage.

Für die Zukunft sind die Rücklagenentnahmen kaum noch möglich, wir stehen also einem Wendepunkt der Haushaltspolitik.

Das scheint auch die Verwaltung erkannt zu haben und hat deshalb in einem Arbeitskreis, unter anderem mit den Fraktionsvorsitzenden, frühzeitig die Haushaltssituation schon vor ca. einem Jahr versucht abzuklären.

Dieser Arbeitskreis hat mehrfach getagt, es sind uns unterschiedliche Zahlen zu unterschiedlichen Zeiträumen vorgelegt worden. Frühere Nachfragen unserer Fraktion zu konkreten Kostenstellen und weiteren Zahlen sind teilweise nach 10 Monaten beantwortet worden.

Beschlüsse hat dieses Gremium -entgegen anderslautender Äußerungen der Magistratsspitze- zu keinem Zeitpunkt gefasst und man hat sich auch ausdrücklich dagegen verwahrt, dass man dort in diesem Gremium Beschlüsse fasst, diese Kompetenz hätte das Gremium sowieso nicht gehabt.

Es war zu keinem Zeitpunkt Thema, dass dieser Arbeitskreis in irgendeiner Weise den Haushalt mit aufstellt.

Es sind die gut bezahlten Mitarbeiter der Verwaltung gefordert, die ihre Arbeit und Dienstleistung gut zu erbringen haben.

Es bleibt dabei, dass nach der hessischen Gemeindeordnung die Verwaltung den Haushalt aufzustellen hat und diesen in transparenter und durchschaubarer Weise dem Parlament zur Beratung vorzulegen hat.

Nachdem die Verwaltung offensichtlich erkannt hat, dass es massive Probleme gibt, hat man teilweise versucht Einsparungen vorzunehmen.

Es ist wohl so, dass bei Personal und Versorgung ca. 0,9 Millionen € eingespart werden sollen, und zwar durch Wegfall pauschalierter Pufferansätze und durch eine bessere, bedarfsorientierte Budgetierung.

Strukturelle Maßnahmen sind als tatsächlich nicht.

Man hat lediglich „Luft aus den Ansätzen“, die offensichtlich von Anfang an viel zu hoch waren herausgelassen.

Eine zweite Maßnahme waren Einsparungen bei Sach- und Dienstleistungen von ca. 1,3 Millionen €.

Auch hier ist einerseits eine Anpassung an Realwerte vorgenommen worden, aber andererseits schlicht und einfach die DUI-Kostenmieten durch Kategorisierung in notwendige und verschiebbare Pflichten Maßnahmen, verändert worden.

Auch das ist keine strukturelle Maßnahme, die auf Dauer greifen kann.

Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Fraktion zum vorliegenden Haushalt eine eindeutige Meinung.

Der Haushalt ist nicht zukunftsgerichtet, er hat keine strukturellen Veränderungen vorgenommen und hat dies auch für die Zukunft keine erkennbar richtigen Weichen gestellt.

Gravierend ist, dass die Stadtverordnetenbeschlüsse völlig unbeachtet bleiben, ja offensichtlich ausdrücklich ignoriert werden.

Alle Fraktionen haben schon am 11.07.2024 den Magistrat beauftragt Umstrukturierungen vorzubereiten und ein schriftliches Konzept zur Beratung vorzulegen.

Das ist nicht geschehen.

Es sollte eine Neuordnung der Produkte vorgelegt und eingearbeitet werden, damit mehr Transparenz und mehr Planungssicherheit in den Haushalt einzieht.

Das ist ignoriert worden.

Es sollten Haushaltsziele festgelegt werden, damit in den Teilhaushalten produktorientierte Ziele festgesetzt werden können und mit konkreten Kennzahlen zur Zielerreichung sollte die Möglichkeit von Erfolgskontrolle und Steuerung der Haushaltswirtschaft erreicht werden.

Auch das ist ignoriert worden.

Ich will zu dem seinerzeitigen Antrag nur noch erklären, dass eindeutig festgelegt wurde das ab der Haushaltsaufstellung 2025, so wie hier vom Parlament beschlossenen, verfahren werden sollte.

Im Jahre 2025 geschah dies nicht, es ist aber ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass eine solche Vorgehensweise nicht noch ein weiteres Mal akzeptiert werden wird.

Wenn nunmehr für das Haushaltsjahr 2026 wieder sämtliche Vorgaben des einstimmigen Stadtverordnetenbeschlusses -diesmal offensichtlich bewusst- missachtet werden, wird sich dieses Haus, wird sich das Parlament wehren müssen und kann diesem Haushalt in der konkreten Form nicht zustimmen.

Wer hier zustimmt macht sich unglaubwürdig und stellt die eigene Arbeit, die wir hier in der Stadtverordnetenversammlung machen grundsätzlich in ein schlechtes Licht.

Vor diesem Hintergrund ist es an der Zeit, dass die Verwaltung tatsächlich das umsetzt, was die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, das ist nach den Vorschriften der hessischen Gemeindeordnung ihre ausdrückliche Pflicht.

Schon zum Haushalte 2024 hatten wir darauf bestanden, dass auch die Grundsätze, die im Hinblick auf Risikomanagement in den Bestimmungen angelegt und vorgeschrieben sind, anzuwenden sind.

Dazu hatten wir auf eine schriftliche Darstellung, die die Firma Schüllermann und Partner vorgelegt hatte und die ständig auf die Erfordernisse des Controllings und des Risikofrüherkennungssystems hin hinwies, zitiert.

Besonders im Bereich DUI ist da bisher nichts geschehen.

Das führt für und dazu, dass wir dem Haushaltsplan des Eigenbetriebs DUI nicht zustimmen werden.

Es bleibt nach wie vor aktuell, dass in besonderer Weise Wert darauf zu legen ist, dass die Verwaltung bei sämtlichen eigenen Baumaßnahmen der Stadt jeweils die Folgekosten i. S. des § 12 (1) GemHVO zu berücksichtigen haben und die Wirtschaftlichkeitsvergleiche der Anschaffungs- und Herstellungs- und der Folgekosten in wirtschaftlicher Hinsicht zu ermitteln haben.

Da tut die Verwaltung zu wenig, bisher haben wir lediglich einen ersten Schritt gemacht und die Folgekostenberechnungen für zukünftige Neubauten beschlossen.

Unserer Ansicht nach geschieht dies bisher aber nicht in ausreichendem und vor allen Dingen transparentem Umfang.

Es bleibt richtig, dass die Kreisumlage Rekordhöhe erreicht hat.

Es bleibt richtig, dass dies bei der Schulumlage für 2026 wohl auch so vorgesehen ist und dass einzig die Gewerbesteuerumlage geringer ausfällt. (wobei dies für unseren Haushalt eigentlich sogar schlecht ist).

Das Rekordergebnis bei der Gewerbesteuerumlage des Jahres 2023 mit ca. 5,2 Millionen € wird diesmal fast 1.000.000 € geringer ausfallen.

Damit kommen wir aber zum eigentlichen Problem dieses Haushalts.

Wir haben am Dienstag von der Geschäftsleitung der Firma Winter erfahren welche Planungen dort laufen, welche Ertragslage zu erwarten sind und welche Gewinneinbrüche dort kurzfristig vorliegen werden. Auch die Personalsituation ist schwierig.

Wer diese Vorstellung erlebt hat, kann doch beim besten Willen nicht davon ausgehen, dass wir hier in Stadtlendorf die Gewerbesteuer erhöhen sollten.

Ähnlich ist es bei der Grundsteuer B.

Die Grundsteuer auf Hausgrundstücke, die sich direkt auf Mietwohnungen auswirken wird, muss nicht zwingend erhöht werden. Auch hier gilt das vorhin gesagt, wir müssen in Stadtlendorf die Nivellierungshebesätze nicht erreichen, wir müssen die Steuern nicht erhöhen.

Ein Problem des Haushalts in Stadtlendorf ist und bleibt die Intransparenz der DUI-Kostenmieten.

Der Vorschlag der Verwaltung zeigt ja schon, dass alleine durch Budgetanpassungen und Kategorisierung eine Einsparung von 1,3 Millionen Euro schnell möglich sein soll.

Im Bereich DUI weigert man sich ja bisher ein effizientes insbesondere die Schaffung einer durchsichtigen und nachvollziehbaren Kostenstruktur.

Eine Kostenstruktur im Bereich von DUI, bei der z.B. bis auf Kontenblätter durchstrukturiert damit genau jede Position nachvollzogen werden kann hat das Potenzial einen mehrfachen Einsparungsaufwand als die zugrunde liegenden 1,3 Millionen € hervorzurufen.

Die FDP-Fraktion weiß, das ist schwierig, das wird mühsam Arbeit dieser Aufgabe wird sich die Stadt aber zu stellen haben.

Je schneller, desto besser, am besten sogar noch für den Haushalt 2026, also den hier vorliegenden Haushalt, der unserer Ansicht nach sowieso zu überarbeiten ist und dann in der richtigen strukturierten Form mit den konkreten Einsparungen vorzulegen ist.

Übergangsweise könnte auch eine Budgetierung erfolgen, die beispielsweise darin mündet, dass DUI aufgegeben wird Einsparungen in einer Größenordnung die noch festzulegen sein wird, beispielsweise von 5 Mio €, vorzunehmen.

Das zu erwartende Ergebnis wäre vorzulegen und auch dabei wäre konkret zu erläutern aus welchen Gründen einzelne konkrete Haushaltspositionen Positionen nichts für eine Einsparung hergeben.

Sinnvoll wäre es diese Ergebnisse nicht erst in den Kommissionen festzulegen und zu debattieren, sondern tatsächlich in einem Parlamentsausschuss, beispielsweise dem zuständigen Haushaltsausschuss.

Wir sind davon überzeugt, dass noch weitere Pufferansätze mit ähnlichen Mechanismen bearbeitet werden könnten und dann Geldbeträge für erheblichen Einsparung erreicht werden können.

Auch für uns ist klar, dass Neuinvestitionen derzeit nicht vorzunehmen sind.

Auch wir halten einen Investitionsstopp wegen einer fehlenden freien Spitze für erforderlich.

Bauprojekte mit denen bisher nicht begonnen worden ist sind also zunächst nach unserer Auffassung eindeutig zurückzustellen.

Daraus ergibt sich natürlich, dass die begonnenen Projekte weitergeführt werden müssen und dass die Pflichtaufgaben maximal auf ihre Effizienz

hin überprüft werden können und dort auch eventuell auch Doppelstrukturen zu Geldeinsparungen führen können.

Für die FDP-Fraktion ist schon seit Jahren -das habe ich hier mehrfach schon betont- nicht nachvollziehbar warum der Personalaufwand sich immer exorbitant erhöht hat und die Parallelstruktur nämlich die Digitalisierung die ja Vereinfachung und Beschleunigung und Einsparung bringen soll, bisher nur Finanzmittel verschlungen hat und nichts an Einsparpotenzial erreicht worden ist.

Es wird also die alte Struktur aufrechterhalten und sogar ausgebaut. Eine neue kostenintensive Struktur wird zur Seite gestellt und es wird schlichtweg alles immer teurer.

Das ist für die FDP-Fraktion nicht tragbar, hier müssen konkrete Schritte und Vorschläge aus der Verwaltung heraus gemacht werden.

Die FDP-Fraktion hatte vor einigen Wochen Gelegenheit eine Aufstellung zur Kenntnis zu nehmen in der 7 vergleichbare Städte, vergleichbarer Bevölkerungsstruktur und wohl auch vergleichbarer Industrie- und Gewerbestruktur ausgewertet worden sind.

Mit diesen Städten ist ein Median (also ein Mittelwert) gebildet worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ergebnis war, dass Stadtallendorf den Median aller 8 vergleichbaren hessischen Städte in sämtlichen „Produktbereichen“ deutlich übersteigt. Hier fallen Besonders einzelne Bereiche, ja sogar einzelne Fachbereiche besonders auf.

Wenn man aber nur hingehen würde und diesen Mittelwert, also diesen Median zugrunde legen würde, ihn sogar noch um 20 % erhöhen würde es schon rechnerisch zu erreichen sein.

Das städtische Defizit könnte um ca. 250 € je Einwohner, also um ca. 5,5 Millionen € insgesamt verringert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

für die FDP-Fraktion steht auch damit eindeutig fest: diesem Haushalt, über den wir hier heute entscheiden sollen, werden wir nicht zustimmen.

Wir werden auch den Wirtschaftsplänen von DUI und den Stadtwerken nicht zustimmen.

Eine Zustimmung würde erforderlich machen, dass hier strukturelle Maßnahmen ergriffen worden wären und die überbordenden dort entstehenden Kosten reduziert worden wären.

Wer aus Rücklagen, die hauptsächlich aus Gebühren resultieren, beispielsweise bei den Stadtwerken, sich an Windparkanlagen (die kaum eine erträgliche Gewinnentwicklung in einem zumutbaren Zeitraum darstellen kann) beteiligt, hat offensichtlich zu viel Geld übrig.

Über die Verwendung dieses Geldes müsste er zunächst einmal mit den Gebührenzahlern verhandeln.

Wenn der Haushalt heute abgelehnt werden würde, muss die nächste Stadtverordnetenversammlung harter Arbeit leisten.

Noch härtere Arbeit für die Verwaltung zu leisten haben Weise ja die Vorlagen erarbeiten muss.

Dafür ist aber Transparenz und ein vertrauensvolles Verhältnis erforderlich.

Ob dies gelingt, bliebe abzuwarten.

So etwas wie in der großen Anfrage aus der letzten Stadtverordnetenversammlung, bei der es darum ging, inwieweit dem Magistrat bekannt ist wie und wo die Arbeitsverwaltung demnächst in Stadtallendorf ihre neuen Räumlichkeiten findet, sollte es dann aber nie mehr geben.

Das sollte auch der tatsächliche Beantworteter der Großen Anfrage der FDP-Fraktion aus der letzten Stadtverordnetenversammlung, auch wenn er nur die Beantwortung der Position Nr. 5 zu verantworten hat, zur Kenntnis nehmen.

Es bringt nämlich nichts Kenntnisse spitzbübisch zu verschweigen und in der Beantwortung dann tatsächlich nachweislich unrichtige Angaben zu machen.

Sei's drum, wir werden diesen Haushalt ablehnen

Ich bedanke mich für Ihr geduldiges Zuhören, ich bedanke mich aber insbesondere bei den Mitarbeitern der Verwaltung, für die Erstellung und Vorlage der Haushaltswerke verantwortlich sind.

FDP Fraktion Stadtallendorf

Winand Koch, Fraktionsvorsitzender